

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich zweimal; am Sonnabend und am Montag Abends. — Bestellungen werden in der Expedition (Kettnerhagergasse No. 4) und auswärts bei allen Königl. Post-Anstalten angenommen.

Preis pro Quartal 1 Thlr. 15 Sgr. Auswärts 1 Thlr. 20 Sgr. — Inserate nehmen an: in Berlin: A. Rettemeyer, Rud. Wosse; in Leipzig: Eugen Fort, H. Engler; in Hamburg: Haasestein u. Vogler; in Frankfurt a. M.: Jäger'sche Buchhandl.; in Elbing: Neumann-Hartmann'sche Buchhandl.

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Paris, 21. Juni. Der Kaiser hat sich heute nach dem Lager von Chalons begeben. (W. T.)

Florenz, 21. Juni. Gestern fand in Livorno eine große öffentliche Versammlung im Goldoni-Theater statt, um gegen den von verschiedenen Zeitungen abgedruckten Brief des österreichischen Generals, Grafen Crenneville, Protest zu erheben. Die Versammlung beschloß die Abfassung einer Denkschrift, welche eine genaue Darlegung der von Crenneville in Livorno verübten Grausamkeiten enthalten soll. Zugleich wurde an den Deputirten Lobbia ein Telegramm abgesandt, worin ihm die Sympathie der Versammlung ausgesprochen wurde. In Livorno herrscht vollständige Ruhe.

Neapel, 21. Juni. Gestern Abend haben in der Via Toledo, ohne daß es zu weiteren Ruhestörungen kam, Volksdemonstrationen zu Ehren Lobbia's stattgefunden. (N. T.)

Madrid, 21. Juni. Aus Navarra wird gemeldet, daß dort eine Bande von 60 Karlisten eingedrungen ist. Dieser Versuch wird jedoch allgemein für vereinzelt und bedeutungslos angesehen. — „Imparzial“ zufolge haben auch in Ferrol Ruhestörungen Seitens republikanischer Parteigänger stattgefunden, jedoch ist die Ordnung ohne die Dazwischenkunft der Truppen wieder hergestellt worden. (W. T.)

— Die Verhaftung des Marshalls Juan de la Pezuela, Graf de Chestre, ist auf Befehl des Minister-Präsidenten Prim erfolgt, welcher angeordnet hatte, ihn fest zu nehmen, sobald er in Cadiz lande. Die Maßregel hat große Aufregung verursacht. (N. T.)

Die Zuckersteuer.

Auf die Ehre der Consequenz hat die Mehrheit des Zollparlaments verzichtet. Sie hat bei der Schlussberatung den Pasklerschen Antrag verworfen und sich damit dem Verlangen der Bundesregierungen gefügt. Sie sind in den Stand gesetzt, die Zuckersteuer ohne die übrigen Tarifveränderungen zu dritteln und die Industriellen werden der Vortheile verlustig gehen, welche ihnen aus der Herabsetzung der Eisenzölle und des Reiszolles ersparten könnten.

Das ist ein trauriges Ergebnis. Es wird das Volk mit Unzufriedenheit erfüllen und den Parlamentsmitgliedern, welche das Zollparlament zu einer Interessen-Beratung machten, statt es zum Ausdruck der allgemeinen Interessen und des Nationalwillens zu erheben, sehr bald zeigen, wie falsch und verfehlt ihr Bestreben war.

Dem Parlament wird jetzt schon von den Bundesregierungen gesagt, daß seine Beschlüsse nur geachtet und befolgt werden sollen, wenn sie der Erhöhung der Steuern zustimmen, welche von ihnen gefordert wird. Seine Opposition wird zurückgewiesen, ja geweckt. Die liberalen Mitglieder werden diese Weisung zu ertragen wissen, denn im Reichstage wie im preußischen Landtage besitzen sie Macht genug, ihre Grundsätze geltend zu machen, dem Volkswillen Achtung zu verschaffen, und das preußische Ministerium zu nötigen, sich ein besseres Finanzsystem anzueignen, als es bis dahin befolgt worden ist.

Die öffentliche Aufmerksamkeit wird sich jetzt zunächst der Zuckersteuer zuwenden, wenn diese zum Gesetz erhoben wird, wie nach der Neuerteilung des Präsidenten Delbrück zu erwarten steht.

Bismarck und Lassalle.

Es sind in der Presse schon ältere Andeutungen darüber gegeben worden, daß Lassalle nach seinem Auftreten als Agitator der „Magenfrage“ Anklängen mit Hrn. v. Bismarck gesucht und erlangt habe; Näheres war darüber aber bisher nicht verlaufen. Erst jetzt finden wir in dem Wiener „Wanderer“ eine Mitteilung, nach welcher Lassalle Hrn. v. Bismarck zwei Besuche abgestattet und Gespräche mit ihm gehabt hat. Da die Schilderung derselben für beide Männer charakteristisch ist, wollen wir sie unseren Lesern mittheilen. Den ersten Besuch mache Lassalle dem Ministerpräsidenten i. J. 1863, nachdem in Solingen die von ihm berufene Versammlung durch einen Befehl des zur Fortschrittspartei gehörigen Bürgermeisters aufgelöst und seine Verhaftung verfügt war. Lassalle hatte dieses Verfahren Hrn. v. Bismarck telegraphisch gemeldet und erschien darauf in Berlin bei dem Minister, der über seinen plötzlichen Besuch etwas überrascht war.

In seiner charakteristischen Weise bot Bismarck seinem Gäste Stuhl und Zigarette, Lassalle sah jeder Formalität entbehdend. Die Solinger Angelegenheit war mit wenigen Worten erledigt. „Unsere Polizei ist sehr eifrig, mir könnte es selbst ergehen, daß ein Bürgermeister mich arretieren läßt“, scherzte Bismarck. „Sie haben es aber ein Bischen scharf getrieben“, fuhr er fort, „unsere Fortschrittspartei liebt es nicht, wenn man ihr den Spiegel so nahe vor's Gesicht hält.“ Und wie absichtlos zog er dabei ans einem Stock Papier Lassalles Solinger Rede, die inzwischen in Druck erschienen war und die jedenfalls das stärkste ist, was jemals gegen die preußische Fortschrittspartei gesagt wurde, hervor. Damit war die Unterhaltung auf das politische Gebiet gebracht, und Lassalle war überrascht, wie genau Bismarck alle seine Schriften und Flugblätter gelesen, selbst das neueste, ein kleines Flugblatt an die Berliner Arbeiter, welches bereits polizeilich konfisziert war, befand sich in Bismarcks Besitz. „Aber sagen Sie dem Herrn Untersuchungsrichter nichts davon, sonst läßt er mir es wegnehmen“, äuferte Bismarck launig. — „Wird die Arbeiter-Partei bei den nächsten Wahlen mit der Fortschritts-Partei stimmen?“ fragt im Laufe des Gesprächs Bismarck. — „In allen den Orten, wo sie nicht selbstständig aufgetreten kann aus numerischer Schwäche, gewiß, es sei denn da, wo Kandidaten aufstreben, die persönlich im Kampfe gegen uns zu feindselig vorgegangen, wie z. B. Schulze-Delitsch, Reichenheim, Löwe-Calbe und andere“, erwiderte Lassalle. — „Warum stimmen Sie nicht überhaupt mit der conservativen Partei da, wo Sie keine Ansicht haben, Ihre eigenen Kandidaten

Die Industriellen und die Handelswelt werden darüber zu berathen und zu entscheiden haben, ob der Ausgleich zwischen der Fabrikation von Rübenzucker und indischem Zucker, den das Zollparlament beschlossen hat, der richtige und ob es möglich ist, eine neue Einfuhr von indischem Zucker und Zuckerrohr darauf zu gründen. Die Verdienste der Rübenzucker-Industrie dürfen nicht verkannt werden. Sie hat ganzen Landstrichen eine neue Cultur verschafft, den Wert des Bodens gesteigert und Feld- und Fabrikarbeitern neue Arbeit und reichliche Löhne zugeführt. Die Provinz Sachsen, Schlesien und das Oderbruch haben viel gewonnen. Achtzehn Quadratmeilen im Zollverein werden jährlich mit Rüben bebaut, vier Prozent von der gesamten Ackerfläche, und der Landwirtschaft ist daraus ein wesentlicher Vortheil erwachsen. Es sind auch die Preise für den Zucker dadurch geregelt und den Schwankungen enthoben worden, welche früher der Handel mit tropischem Zucker herbeiführte. Andererseits kann aber auch das Volk verlangen, daß die Concurrenz mit dem indischen Zucker ermöglicht werde, damit ihm der Nutzen nicht entgehe, welchen ihm dieser bringt kann.

In Ländern, wo kein Differenzialzoll für den zum unmittelbaren Verbrauch bestimmten Colonial-Zucker besteht, wie in England, findet dieser Verbrauch des Rohzuckers bei der minder wohlhabenden Bevölkerung in großer Ausdehnung statt. Er ist dort beträchtlich wohlhabender, als der raffinierte Zucker und hört dadurch auf, ein Luxus-Artikel zu sein, er darf den Nahrungsmitteln beigezählt werden.

In England betrug die Summe des durchschnittlichen Zuckerverbrauchs in den letzten Jahren mehr als 20 Pfund auf den Kopf der Bevölkerung und stieg bis auf 40 Pfund, während er im deutschen Zollverein seit 1840 von $\frac{1}{2}$ auf $\frac{1}{2}$ Pfund, also nur um 5 Pfund stieg — und bei einer Bevölkerung von mehr als 36 Millionen Bewohnern nur 500 Centner Rohzucker für den unmittelbaren Verbrauch eingingen.

Als Beweis, daß der Rübenzucker die ihm jetzt auferlegte Steuererhöhung und die Concurrenz mit dem indischen Zucker sehr wohl ertragen kann, dient der Umstand, daß in jüngster Zeit bereits eine Überproduktion des inländischen Rübenzuckers eintrat und eine Ausfuhr-Vergütung zur Wiedererstattung der Zuckersteuer bewilligt werden mußte.

Das Verhältniß der Production für beide Zuckerarten ist folgendes: Zur Bereitung eines Centners verläßlichen Rübenzuckers sind durchschnittlich $12\frac{1}{2}$ Ctr. Rüben erforderlich. Bei einer Steuer von 8 Sgr für den Centner roher Rüben wird also eine Steuer von $3\frac{1}{2}$ 10 Sgr für den Ctr. Rüben-Zucker entrichtet. Die bisherigen Eingangszölle auf Zucker betragen: 1) für Brod, Hute, Sandis, Bruch- oder Lumpen- und weißen gestothenen Zucker vom Ctr. 7 Sgr 10 Sgr, 2) vom Rohzucker und Karin 6 Sgr, 3) vom Rohzucker für Siederei 4 Sgr 7 Sgr 6 d.

Nach dem Beschuß des Zollparlaments soll die Steuer für raffinierten Zucker und Rohzucker nach dem holländischen Standard No. 19 auf 5 Sgr und für den nicht dazu gehörigen Rohzucker auf $3\frac{1}{2}$ Sgr festgestellt werden. Der Zoll von Syrup soll bleiben wie bisher 2 Sgr 15 Sgr, Melasse, die zur Branntweinbereitung eingehen, sollen frei vom Zoll sein.

Eine Gleichstellung des Rüben- und Colonialzuckers ist mit diesen Sätzen noch nicht erreicht, es kommt aber dabei

der Umstand in Betracht, daß der indische Rohzucker bei chemisch gleichem Zuckergehalt ein größeres Rendement an Raffinade liefert, als der Rübenzucker. Das des letzteren berechnet sich bei einem Zuckergehalt von 93 $\frac{1}{2}$ % auf 85,856% Melis, während der indische Rohzucker nach dem holländischen Standard No. 18 ein Rendement von mehr als 94% repräsentiert.

Nach dem Beschuß von $3\frac{1}{2}$ Sgr auf Rohzucker müßte der Zoll auf Raffinade etwas über 4 Sgr betragen. Er wurde in dem Regierungsentwurf aber auf 4 Sgr 20 Sgr gesetzt, weil Frankreich für Raffinade eine Ausfuhr-Prämie statt einer Ausfuhr-Vergütung bezahlt und dieser Umstand durch einen Zusatz auf Raffinade paralytiert werden muß, wenn wir nicht mit französischer Raffinade überschwemmt werden wollen. Es wird sich nun fragen, ob die von dem Zollparlament beschlossene Erhöhung von $4\frac{1}{2}$ Sgr auf 5 Sgr von dem Einfuhrhandel getragen werden kann. Wir müssen befürchten, daß dieser Schatzoll ein zu hoher ist; und noch mehr ist zu bedauern, daß nicht der Zoll auf Syrup herabgesetzt wurde, weil dieser für die Fabrikation wie für den directen Verbrauch des Volkes wesentlich in Betracht kommt. Die nächste Zeit wird die Erläuterung dieser Verhältnisse liefern; was wir aber zuerst zu erwarten haben, ist die Steigerung der Preise des Rübenzuckers, da die zum Zollparlament gehörenden Rübenzuckerfabrikanten sich dahin aussprechen, daß sie die ihnen auferlegte Steuererhöhung auf die Consumenten abwerfen werden. Hoffentlich wird sie aber die Concurrenz des fremden Zuckers nötigen, nicht nur von dieser Steigerung der Preise abzustehen, sondern auch billigeren Zucker zu liefern.

11. Sitzung des Zollparlaments am 21. Juni.

Die Geschäftsordnungs-Commission beantragt über die Petition, das Humboldt-Denkmal betreffend, eine motivierte Tagesordnung, des Inhalts, daß die Errichtung des Denkmals Sache des ganzen deutschen Volkes, nicht der im Zollbundestheate vertretenen Regierungen sei. — Schlussberatung des Gesetzentwurfs über die Sicherung der Zollgrenze in den vom Zollgebiet ausgeschlossenen hamburgischen Gebietsteilen. Der Entwurf wird mit einigen redaktionellen Änderungen, denen der Bundes-Comm. zusimmt, angenommen, desgleichen die Resolution des Abg. v. Bernuth, welche die Vorlage eines entsprechenden Gesetzes für sämtliche vom Zollgebiet ausgeschlossenen Gebietsteile der Vereinsstaaten fordert.

Schlussberatung über den Vereins-Zolltarif. Abg. v. Blanckenburg beantragt die Petroleumsteuer mit 15 Sgr pro Kr. in das Geleit wieder einzuzuziehen, die Abg. v. Hennig und Lesser beantragen, diesen Antrag zuerst, vor allen übrigen Tarifpositionen zu berathen, was auch das Haus beschließt. (Im Hause herrscht große Bewegung. Die Bänke sind stärker besetzt als je zuvor, namentlich auf der rechten Seite, wo zum ersten Male in dieser Session auch der Abg. Vogel v. Falckenstein seinen Platz eingenommen hat. Graf Bismarck verläßt den Tisch des Zollbundestheates und conferirt mit verschiedenen Mitgliedern der rechten Seite.) Abg. Ohmichen bekämpft die Petroleumsteuer als eine ungerechte, die zu sehr den armen Manu treffe. — Abg. v. Blanckenburg gibt im Namen seiner politischen Freunde die Erklärung ab, daß sie im Falle der

durchzusehen? Unsere Interessen sind ja gemeinschaftliche, Sie kämpfen von Ihrem wie von unserem Standpunkte gegen das Bestreben der Bourgeoisie, die Herrschaft an sich zu reißen.“ Bismarck sprach diese Phrase mit der ungenügenden Offenheit, die ihn vor allen seinen Collegen auszeichnet. — Lassalle lachte. „Augenblicklich, Exzellenz, replicirte er, mag es so scheinen, als sei eine Allianz zwischen der Arbeiterpartei und der conservativen Partei möglich, aber wir würden nur eine kurze Strecke Weges mit einander gehen, um dann um so erbitterter uns zu bekämpfen.“ — „Ah! lachte Bismarck, Sie meinen, es kommt dabei nur darauf an, wer von uns der Mann ist, der mit dem Teufel Kirschen essen kann! Nous verrons!“

Damit verließ die Unterhaltung das politische Gebiet. Bismarck erkundigte sich mit Interesse nach den wissenschaftlichen Arbeiten Lassalles, nach der Organisation und Stärke des allgemeinen deutschen Arbeitervereins und nach Lassalles Freundin, der Gräfin Hatfeld, die Bismarck als geistreiche, beweitende Frau sehr hoch schätz. Die Unterhaltung mochte dreiviertel Stunden gewährt haben, als Lassalle sich verabschiedete.

Seitdem fanden einige indirekte Berührungen zwischen beiden Männern statt, namentlich durch Lothar Bucher, der damals bereits wegen seines Übertritts in den Staatsdienst unterhandelte. Auch auf der Straße begegneten Beide sich einmal. Im Laufe des Gesprächs nahm Bismarck Lassalles Arm, und so wanderten Beide die Leipzigerstraße entlang. Dicht an der Wilhelmstraße fiel Bismarck diese Situation auf. Lachend sagte er: „Wenn uns jetzt ein Mitglied der Fortschritts-Partei begegnet, sieht morgen unsere angebliche Allianz in allen Zeitungen. Mir kann nicht schaden!“ „Mir auch nicht, erwiderte Lassalle, ich bin daran gewöhnt, täglich die albernsten Lügen über mich zu lesen.“

Ein zweiter und letzter Besuch Lassalles bei Bismarck fand im Sommer 1864 statt. Lassalle hatte mehrere Beschwerden gegen untere Behörden, die hier und da den allgemeinen Arbeiterverein maßregelten, anzubringen und liebte es, derlei Dinge kurz und persönlich abzuhandeln. Der schleswig-holsteinische Krieg war so eben siegreich beendet und selbstverständlich wendete sich das Gespräch bald dieser brennenden Frage zu. Lassalle erinnerte Bismarck daran, daß er bereits im J. 1859 die Annexion Schleswig-Holsteins an Preußen gefordert und heute noch dieselbe Ansicht vertrete. „Das wird sehr schwer sein, erwiderte Bismarck. Österreich hat

das Interesse, dort einen neuen deutschen Kleinstaat zu gründen und bewacht unsere Schritte mit Argusaugen.“ „Dann müssen Sie gegen den Willen Österreichs anstreiten!“ rief Lassalle. „Das wäre der Krieg mit Österreich“, antwortete Bismarck. „Aber dieser Krieg ist unvermeidlich, früher oder später kommt er doch“, meinte Lassalle. „Wohl möglich, aber jetzt, wo wir im eigenen Hause noch den Krieg mit dem Abgeordnetenhaus haben, ist es für uns unmöglich“, sagte Bismarck. „Dann octroyieren Sie das allgemeine direkte Wahlrecht und die Fortschrittspartei ist bestellt.“ „Ja, aber gleichzeitig hieß es den Eid auf die Verfassung brechen. Nur auf dem Wege der Bundesreform läßt diese und die schleswig-holsteinische Frage sich lösen.“

Bismarck entwickelte nunmehr ausführlich einen Bundesreformplan, wonach er das allgemeine direkte Wahlrecht proclamire und alle Deutschen, ohne Unterschied der Geburt, für wählbar in den preußischen Landtag erklären wollte. Lehnslich wie Favore es seiner Zeit mit dem piemontesischen Parlament gemacht. Lassalle fand dieses Project halb und unausführbar und der Gedanke beschäftigte ihn lebhaft, denn als er einige Monate später in Genf eintraf, wo er seinen Tod finden sollte, erzählte er seinen Freunden, darunter dem Schreiber dieser Zeilen, jene Unterredung und Bismarcks Plan. Durch indirekte Vermittelung gelangte das Projekt Bismarcks im Frühjahr 1865 in die „Bresl. Blg.“ und gab wieder Anlaß zu Aufsehen. Die Regierungsgärne bezeichneten die Idee als verfrüht. Als Lassalle sich bei Bismarck verabschiedete, sagte er ihm: „Ich werde die Annexion Schleswig-Holsteins in mein Programm aufnehmen“. Bismarck lachte: „Vielleicht, daß dieser Punkt Ihres Programmes in Erfüllung geht, wenn auch nicht jetzt, doch später.“ In der That war es Aufsicht Lassalles, am 21. September 1864 eine große Volks- und Arbeiter-Versammlung in Hamburg zu Gunsten der Annexion abzuhalten; sein am 31. August 1864 erfolgter Tod hinderte ihn daran und die Agitation unterblieb.

Das war der letzte Besuch Lassalles bei Bismarck, der in Folge dessen, namentlich Lothar Bucher gegenüber, sich oft mit großer Anerkennung über Lassalle aussprach. Seinen Tod gebäuderte er sehr und sprach der Gräfin Hatfeld gegenüber sein innigstes Beileid aus, ebenso wie er, bei der Zusammenkunft in Goslar, sich mit Lassalles Schwager, dem Ritter v. Friedland, genüber den Todten unterhielt und sich Büge aus dessen Jugend erzählen ließ.

Ablehnung der Petroleumsteuer gegen die Tarifreform stimmen würden. Redner bittet die Nationalliberalen dringend, sich die Sache noch einmal zu überlegen, namentlich möchte er dem Abg. Lasker geradezu verbieten, ihm zu antworten, damit er sich nicht wieder in die Opposition gegen die Petroleumsteuer festredet (Heiterkeit); er sollte nur bedenken, der ist der größte Mann, der sich selbst überwindet (Heiterkeit). Und fürchten Sie etwa die öffentliche Meinung? Die haben Sie ja erst durch Ihre Zeitungen gemacht. Sollte es Ihnen schwer werden, die entgegengesetzte öffentliche Meinung hervorzurufen, so bin ich gerne bereit, für Ihre Zeitungen die nötigen Artikel zu schreiben. (Heiterkeit.) Abg. v. Schleiden spricht gegen die Steuer.

Graf Bismarck: Der Zollbundesrat wird sich erst erklären können, wenn ihm Ihre Beschlüsse vorliegen; ich kann deshalb nur eine Erklärung als Organ des Präsidiums abgeben. Unsere Zollgesetzgebung soll sich nach der Richtung ausbilden, daß wir den reinen Finanzzöllen möglichst nahe kommen. Dies kann nur geschehen, wenn wir die dazu passendsten Gegenstände aussuchen; dazu gehört Petroleum, das nicht unentbehrlich ist, wie Brod, Salz, Fleisch; andererseits aber von so ausgedehntem Gebrauch, daß ein erheblicher Ertrag in Aussicht steht. Denn man darf nicht vergessen, daß auch die Sölle einen Theil der Mittel liefern müssen, deren die Staaten zu ihrem Haushalt bedürfen. Ich werde jedesmal von Bedauern darüber ergriffen, daß wir nicht mit mehr sachlicher Offenheit mit einander sprechen, wenn ich gefühlvoll Klagen über den armen Mann zu hören bekomme, dem das Augenlicht, die Intelligenz, der Tabakconsum verklummt werden soll, aus demselben Munde, der an andern Orte sein Ja gesagt hat zur Steuer auf Mehl, Feuerungsmaterial und viele andere unentbehrliche Bedürfnisse, ohne Gewissensbedenken zu haben. Es schwelt mir da jedesmal ein harter Ausdruck auf der Lippe. Ich vermöge diesen Ideen nicht zu folgen und der gemeine Mann vermag es wohl auch nicht. Redner schließt damit, er müsse, auf Grund der eben von ihm gezeichneten Richtung, die er bei der Zollgesetzgebung einzuhalten gedenke, die Erklärung abgeben, daß jede Tarifänderung, welche von einer Billigung des Petroleumzolles nicht begleitet ist, die Zustimmung des Präsidiums nicht finden wird. (Senation.)

Abg. v. Wedemeyer bestreitet, daß das Petroleum im wirtschaftlichen Leben der ländlichen Bevölkerung die Rolle spielt, welche die Opposition ihm beilege. — Abg. Lasker: Wir stimmen darin mit dem Herrn Bundeskanzler überein, daß wir eine rationelle Entwicklung des Tarifs wollen, aber wir meinen dieselbe nicht damit einleiten zu können, daß wir einen irrationalen Zoll gewähren. Redner erörtert darauf die Bedeutung des Petroleum. Wir sollen uns angeblich in einem Widerspruch befinden, es hat geheißen, es sei unerklärlich, wie jemand, der sein Ja zur Besteuerung von Mehl, Holz, Brod u. s. w. gebe, hier Nein sagen könne. Nun sind wir auf der Linken aber gerade diejenigen, welche die Abschaffung aller seiner Steuern anstreben, und die Herren, die für das Petroleum stimmen, stimmen gegen uns, wenn wir solche Anträge bringen. (Sehr gut.) Die Steuer auf Petroleum ist aus demselben Holze, wie die auf Mehl, Fleisch u. s. w. und darum stimmen wir gegen dieselbe. Uebrigens werden uns die Aufhebungen jener Steuern immer nur in weiter Aussicht gezeigt; anders wäre es, wenn sie uns wirklich vorgelegt werden sollten. Abg. v. Blankenburg steht da sehr hinter einem Baum, wenn er meint, daß die öffentliche Meinung durch einige Zeitungsartikel gemacht wird, wenn er ferner meint, die öffentliche Meinung dadurch umgestalten zu können, daß er die Zeitungsartikel schreiben wolle. (Heiterkeit.) Er hätte fest der Überzeugung sein können, daß jedem Artikel der Urheber sehr leicht würde absehen sein, und daß er namentlich im entgegengesetzten Lager nicht viel werben würde. Sowohl ich, wie diejenigen meiner Freunde, welche heute gegen das Petroleum stimmen werden, lassen durchaus weder eine andere politische Nebenabsicht, noch irgend einen Zwang der Verhältnisse auf sich wirken, sondern diesen einen Umstand, daß wir mit dem Herrn Bundeskanzler zu rationalen Zöllen kommen wollen und weil nach unserer Meinung Petroleum ein irrationaler Zoll wäre, deswegen werden wir gegen diese Steuer stimmen. (Beifall.)

In namentlicher Abstimmung wird hierauf der Antrag Blankenburgs (d. h. die Petroleumsteuer) mit 157 gegen 111 St. abgelehnt. (In der Sitzung vom 16. Juni erfolgte die Ablehnung mit 155 gegen 93 St.; so daß also diesmal 20 Abg. mehr gestimmt haben; im Übrigen stimmen die Fraktionen ebenso, wie das erste Mal.) — Die übrigen Positionen des Tarifs werden ohne wesentliche Debatte angenommen; darauf in namentlicher Abstimmung mit 139 gegen 129 St. das ganze Gesetz. Gegen dieses stimmt die Rechte, die Mehrzahl der Freikonservativen und der Süddeutschen, sofern sie sich nicht den liberalen Fraktionen anschlossen haben. Alle Freunde der Petroleumsteuer stimmen gegen den Tarif, aus dem diese Steuer ausgeschieden ist.

Schlussberatung über die Besteuerung des Zucker s. Präf. Delbrück erklärt sich Namens des Bundesrates mit den Beschlüssen der Vorberatung — mit Ausnahme des Laskerischen Antrages (daß die Zuckersteuer gleichzeitig mit der Tarifreform in Kraft trete) — einverstanden. — Abg. v. Hennig beantragt, die Rübensteuer von 8 wieder auf $\frac{7}{2}$ pro Centner herabzusetzen und dem entsprechend auch die übrigen Sätze für Zoll- und Exportbonification zu modifizieren. — Er empfiehlt den Antrag durch Hinweis auf die Erklärung, daß der Bundesrat dem Tarif keinesfalls zustimmen werde. Wenn hiernach eine Ermäßigung in den Zolleinnahmen nicht eintrete, so habe das Haus auch keine Veranlassung, für eine Vermehrung derselben Sorge zu tragen. — Abg. Lasker erklärt, daß mit dem Falle des Tarifs sein in der Vorberatung angenommener Antrag gegenstandslos werde. Er werde sich deshalb keine Mühe geben, denselben gegen den Vertreter des Bundesrats zu verteidigen; der Tendenz, die er mit dem Antrage verfolgt, entspreche auch das heute vom Abg. v. Hennig gestellte Amendement.

Abg. Braun: Ich fürchte, daß wenn wir noch in der ersten Stunde eine so kühne Schwerpunkt machen, wie der Abg. v. Hennig vorschlägt, wir Gefahr laufen, unsere Avantgarde zu verlieren; ich werde deshalb gegen den Antrag stimmen, indem ich in diesem Falle das Gute dem Besseren vorziehe. So sehr ich bedauere, daß uns die übrigen Tarifverbesserungen durch den Widerspruch der Regierungen verloren gehen, so halte ich doch auch die gegenwärtige Vorlage für einen so wesentlichen Fortschritt, daß ich ihn mit Freuden acceptiere. Er vermindert den Schutzoll um ein bedeutendes Maß und schafft eine wesentliche Erleichterung des Consums. In dem Umstande, daß dies gleichzeitig der Zollvereinszoll höhere Einnahmen verschafft, sehe ich kein Unglück. — Abg. Bamberger glaubt, daß die Reform, die in dem Gesetze geschaffen werde, auch ohne Erhöhung der Steuer durchgeführt werden könne. Ein Ausfall, den man durch Mehreins-

nahmen decken müßte, trete nicht ein, man könne deshalb ruhig bei dem bisherigen Steuersatz stehen bleiben. Er werde für den Antrag Hennigs stimmen und den Regierungen die Verantwortung dafür überlassen, wenn das Parlament wieder ohne jedes Resultat auseinandergehe. — Präf. Delbrück erklärt, der Bundesrat werde dem Antrage nicht bestimmen können. Der Steuersatz von 8 St. müsse in Erwägung der Zollsäze anderer Staaten, der Preise und der Consumverhältnisse als durchaus angemessen anerkannt werden. — Der Antrag v. Hennigs wird hierauf mit großer Majorität abgelehnt, und die Erhöhung von $\frac{7}{2}$ auf 8 St. genehmigt. Auch die übrigen §§ werden angenommen, dagegen der Antrag Laskers abgelehnt. (Dafür: die Fortschrittspartei und die Nationalliberalen.) Das ganze Gesetz wird in namentlicher Abstimmung mit 159 gegen 109 St. angenommen. (Gegen das Gesetz stimmt die überwiegende Mehrzahl der Süddeutschen, ein Theil der Nationalliberalen (wie von Hennig, Lasker, Mey, Bamberger) und die Fortschrittspartei; dafür die Rechte, die Mittelparteien, ein großer Theil der Nationalliberalen (wie v. Bemmig, Stephani, Simson, Wachenhusen, Wachler, Weigel, Wehrenpennig).

Schließlich werden einige Petitionen erledigt, darunter die des Handelstages auf Münzreform. Das Haus tritt dem Antrage der Commission (die Regierung aufzufordern, die Reform im Sinne eines streng decimalen Systems in Angriff zu nehmen) bei, nachdem Abg. Bamberger den Rath erheilt, mit der Einführung der Goldwährung nicht länger zu zögern, wenn man nicht als die letzte Nation, welche die Goldwährung annimmt, sich den Verlust von Millionen zuziehen wolle. — Ueber die Petitionen verschiedener Handelskammern, betreffend die Verkürzung der Zollcredite, wird zur Tagesordnung übergegangen, nachdem Bundes-Comm. Michaelis ausgeführt, daß die Drastizität des heutigen Verkehrs in Widerspruch mit langen Zollcrediten stehe. — Ueber die Petition, betreffend das Humboldt-Denkmal, wird die im Eingange des heutigen Berichts angeführte motivirte Tagesordnung beschlossen, nachdem Dr. Löwe Ueberweisung an den Zollbundesrat beschriftet. Nächste Sitzung Dienstag.

Norddeutscher Reichstag.

56. Sitzung am 21. Juni (Abends).

Die Interpellation des Abg. v. Wedemeyer, betreffend die unentgeltliche Stellung der Landwehr-Mobilisierungspferde Seitens der Kreise, wird von dem B.-Comm. v. Bodbielski mit der Erklärung beantwortet, daß diese Angelegenheit sich augenblicklich nicht ändern lasse, übrigens werde billige Rücksicht genommen werden und es würde eine anderweitige Gesetzgebung über diesen Gegenstand erfolgen. — Der Nachtragsetat pro 1870, betr. das Bundes-Overhandelsgericht und das vom Abg. Schulze beantragte Gesetz über die privatrechtliche Stellung der Vereine werden in der Schlussberatung, nach Maßgabe der Beschlüsse der 2. Lesung angenommen. — Der Antrag des Abg. v. Blankenburg (die Regierungen zur Vorlage eines Gesetzes aufzufordern, durch welches das gesamte Stempelsteuerwesen, betreffend das beweglichen und unbeweglichen Eigentum, nach gleichen Grundsätzen und gleichen Steuersätzen geregelt wird) wird nach längerer Debatte durch Uebergang zur T-O. erledigt. — Graf Bismarck verliest hierauf eine Botschaft des Königs, welche den Schluss des Reichstags auf Dienstag Nachmittags 3 Uhr festsetzt. — Präf. Simson gibt zum Schlus eine Uebersicht der Arbeiten des Reichstags.

3 Berlin, 21. Juni. Wie man hier vielfach versichern hört, war der Zollbundesrat nicht abgeneigt, die von dem Parlamente beschlossene Tarifreform anzunehmen, als Graf Bismarck die Billigung des Steinölzolles zur absoluten Bedingung für die Annahme mache. Dem Präsidium mußte sich der Bundesrat natürlich fügen. Die Ansichten, welche Graf Bismarck in seiner heutigen Rede im Zollparlament über das System der Finanzzölle, dem er sich fügen will, und die Hingebrigkeit des Steinöls zu den Finanzzöllen gehalten hat, wird nicht dazu beitragen, die Achtung vor der volkswirtschaftlichen Bildung des Bundeskanzlers zu vermehren. Die kategorische Erklärung, welche Graf Bismarck auf diese Ansicht gründete, kann keinen guten Eindruck bei uns wie in Deutschland machen. — Die klägliche Weise, mit welcher die offiziösen Organe die Schuld des vorausgesetzten resultatlosen Verlaufes der Zollparlaments-Session von den Schülern der Regierungen auf die der Nationalliberalen abzuwälzen suchen, tritt jetzt um so deutlicher an das Licht. Die „Nordd. Abg. Btg.“ überschlägt sich so weit, daß sie behauptet, die Regierungen wären eigentlich nicht so ganz abgeneigt, die Tarifreform am Ende doch noch auch ohne die Petroleumsteuer zuzulassen. Nun aber wären die abschrecklichen Nationalliberalen gar noch mit dem unhöflichen Lasker'schen Antrage gekommen, der die Regierungen, statt ihrem Willen Alles zu überlassen, sogar zwingen soll, in jene Tarifreform zu willigen, wenn die Erhöhung der Rübenzuckersteuer ihnen gewährt werden soll. Und doch, meint die offiziöse Weisheit, doch sollten die Herren wohl selbst sich sagen, daß sie damit gerade das Gegenteil ihrer Absicht erreichen werden. Denn ein Parlament darf wohl den Bedingungen nachgeben, welche die Regierung ihm stellt, ja muß es in der Regel sogar thun. Aber eine Regierung, die sich von einem Parlament Bedingungen stellen, ja, die auch nur den bloßen Schluß einer solchen Nachgiebigkeit auf sich kommen ließe, sie würde in den Augen der Welt ja ihr ganzes Ansehen verlieren. — In der That, ein solches Geschwätz hört auf Komisch zu wirken; denn es zeugt von einem Grade und einer Art der Thorheit, die schon Anspruch auf unser Mitleid machen darf.

Posen. [Kath. Gymnasium.] Wie das hiesige polnische Blatt aus „Glaubwürdiger“ Quelle erfährt, ist das Oberpräsidium der Provinz mit der Stadt Wongrowitz wegen Errichtung des neuen katholischen Gymnasiums dasselb in Unterhandlung getreten, hat aber die Bedingung gestellt, daß der Unterricht an der neuen Anstalt in allen Klassen in deutscher Sprache ertheilt werden soll. Zugleich soll der Vertretung der Stadt Wongrowitz erklärt werden, daß, im Falle sie darauf besthehe, daß die drei unteren Klassen, wie an der Realschule in Posen, in deutsche und polnische Parallel-Cötus getheilt werden, daß neue Gymnasium in Bromberg errichtet werden würde. (Brd. 3.)

Düsseldorf, 20. Juni. Auf die im westfälischen Friedenssaale des hiesigen Rathauses gehaltene Ansprache des Bürgermeisters Miquel an den König, welche die historische Bedeutung des Ortes und der herabschauenden Bilder betonte, entgegnete der König, an diese historische Andeutung anknüpfend, wie gerade der geschichtliche Rückblick der Ansprache in dem gegenwärtigen Augenblicke von besonderer Bedeutung sei. Zwischen damals und heute lägen schöne,

aber auch trübe Ereignisse. „Die Ereignisse, welche uns zusammengeführt, sind weiter gegangen als berechnet werden konnte. Die Wahrheit der heut von der Kanzel gehörten Worte: „Gottes Wege sind nicht unsere Wege!“ haben sich an uns von Neuem deutlich bewährt.“ Durch gegenseitiges Vertrauen gehe man, so hoffe der König, einer zufriedenstellenden Zukunft entgegen. Alle Übergangszeit sei schwer, wenn auch der erfreuliche Eindruck des Empanges in Düsseldorf dies beinahe vergessen lasse. (W. T.)

Frankreich. * Paris, 19. Juni. [Tagesbericht.] Die bevorstehende kleine Sitzung des gesetzgebenden Körpers wird sich nur mit den Wahlprüfungen beschäftigen haben. Eine Thronrede wird nicht gehalten werden, also auch kein Programm der Regierung vorliegen. Die Debatte wird sich also nur ausnahmsweise — soweit es Präf. Schneider überhaupt gestattet — auf das Gebiet der Politik begeben können. Die Wahlprüfungen werden jedoch der Versammlung viel zu thun geben, da schon jetzt eine Menge Proteste aus den Departements eingelaufen sind. — Edgar Quinet hat so eben eine kleine Broschüre: „Das Erwachen eines großen Volkes“, herausgegeben, daß die Wahlsiege der Radikalen feiert und gleichzeitig zu verstehen gibet, daß nun der Widerwille des Verfassers, eine Candidatur anzunehmen, bestellt sei, man also bei den Nachwahlen auf ihn reflectiren könne. — Gestern morgen, berichtet die „France“, fand zu la Ricamarie (bei St. Etienne) das Begräbnis der Opfer des Zusammenstoßes der Arbeiter mit den Truppen statt. Als die Särge nach dem Begräbnisplatz gebracht werden sollten, fand sich Niemand, welcher den Behörden Beistand leisten wollte, und man hat eine geraume Zeit vergebens nach Hilfe verlangt. Endlich hat sich der Polizeicommissar in aller Eile nach St. Etienne begeben und von dort die Bahnen, Leichenwagen und die nötigen Leute geholt. Etwa 4000 Arbeiter waren am Orte versammelt, der von einer impfanten Militärmacht besetzt war. Die Ruhe ist überall im Loire-Bassin wieder hergestellt, die Arbeiter feiern aber noch immer. Nach den letzten Nachrichten aus St. Etienne stehen die meisten Fabriken dieser Stadt im Begriffe, aus Mangel an Kohlen ihre Arbeiten einzustellen. Ein großer Theil der Arbeiter der Gießereien von Lyon hat jetzt auch seine Arbeiten eingestellt. Von neuen Unruhen in der Umgebung von St. Etienne vernimmt man jedoch bisher nichts.

Die Zahl der Gefangenen des Fort Vincennes, welche von den Untersuchungsrichtern zurückgehalten wurden, beträgt 173. Dazu kommen noch 40 Verhaftete, welche sich in der Conciergerie befinden und noch nicht verhört worden sind. In diesen Bahnen sind die nicht mit einbezogen, welche wegen der Beteiligung an einem Complot gegen die Sicherheit des Staates, aber nicht auf der Strafe, sondern in ihren Wohnungen verhaftet wurden. Was letztere betrifft, so bemüht man sich noch fortwährend, zu constatiren, daß dieselben wirklich an einer Verschwörung beteiligt waren. Die Beweise, welche man bis jetzt vorgebracht, sollen jedoch sehr wenig stichhaltig und die Untersuchungsrichter deshalb in großer Verlegenheit sein. — Der „Electeur Libre“ hat in seinem Bureau eine Untersuchung eröffnet über alles, was sich auf die Vorgänge in den Gefängnissen und auf die Behandlung der Gefangenen bezieht. — Aus St. Etienne erfahren wir, daß daselbst die Ruhe definitiv hergestellt ist. — Zu Gunsten der Frau, deren Mann sich in einem Anfälle von Wahnsinn im Fort Vincennes aufgehängt hat, ist eine Subscription eröffnet worden. — Die druckerlosen Schriftsteller des „Reveil“ und des „Rappel“ haben sich mit dem Chefredakteur des Wochenblattes „Reforme“, der alten „Presse Libre“, dahin geeinigt, daß sie dieselbe von Montag ab als täglich erscheinendes Organ des Radicalismus herausgeben. — Wie die „Liberté“ meldet, werden der Herzog und die Herzogin von Madrid Paris für zwei Monate verlassen. Die Aerzte haben der Herzogin die Pyrenaenbäder verordnet.

Italien. Florenz, 21. Juni. Der König und der Kronprinz Humbert werden sich in Kurzem nach Spezzia zum Besuch der erkrankten Herzogin von Aosta begeben. (W. T.)

Mailand, 20. Juni. Die Verhaftung der Radikalführer ist mißglückt. Eine Wiederholung der Ruhestörungen war für den Abend beabsichtigt, doch sind nur unbedeutende Demonstrationen gemacht worden; die Volkshaufen wurden schnell und ohne Schwierigkeit zum Auseinandergehen gebracht, und die Stadt ist bis jetzt vollkommen ruhig. Missori ist verhaftet worden. Aus anderen Gegenden Italiens werden keine Ruhestörungen gemeldet. (R. T.)

Telegraphische Depesche der Danziger Zeitung.

Angekommen 3 Uhr Nachmittags.

Berlin, 22. Juni. Die Rede des Königs beim Schluß des Zollparlaments zählt die Ergebnisse der Session auf, bedauert, daß der Vereinszolltarif nicht zu Stande gekommen ist und schließt mit dem Wunsche, daß auch die diesjährige Vereinigung des Zollparlaments dazu beigetragen habe, das Band zu festigen, welches alle deutschen Lande umschlingt.

In der Rede beim Schluß des Reichstags erkennt der König die segensreichen Ergebnisse der Session an und zählt die erledigten Vorlagen auf. Bezuglich der Steuervorlagen bemerkt die Rede, die Wechselstempelsteuer zusammen mit der Aufhebung der Portofreiheit erhöhten die Bundesentnahmen, beschränkte jedoch die Landesfinanzen und führten nicht zu einer wirklichen Ermäßigung der Matrularbeiträge. Es werde daher den Landesvertretungen obliegen, die Ausfälle, welche durch die Ermäßigung der Abgaben entstanden, durch Einschränkung der Staatsausgaben oder Bewilligung anderweiter Abgaben zu decken. Die Rede erwähnt der Einweihung des ersten deutschen Artelschafens. In der lebendigen Theilnahme, womit die deutsche Küstenbevölkerung die Entwicklung des Bundes in maritimer Beziehung begleitet, erkennt der König mit freudiger Genugthuung den Ausdruck des nationalen Bewußtseins, welches mit wachsender Kraft alle Theile des gemeinsamen Vaterlandes durchdringe. Das einmütige Zusammenspielen der Bundesregierungen und der Volksvertretung in gemeinsamer Arbeit an Deutschlands Wohlfahrt werde auch ferner die Zuversicht stärken, mit welcher Deutschland auf die Erhaltung des inneren und äußeren Friedens rechnet. Die Rede schließt mit der Hoffnung, den Reichstag bald nach Beginn des nächsten Jahres wieder zu begrüßen.

Danzig, den 22. Juni.

* Die am 21. Juni c. stattgehabte Messung der Quellen zu Prangen an, welche der Stadtbaurath Lüdtke in Begleitung des Bauraths Henoch ausführte, ergab ein Wasserquantum von 5,05 Kubikfuß pro Secunde, also per 24 Stunden 436,816 Kubikfuß.

Dampfer-Verbindung

Danzig-Stettin.

Von Danzig nach Stettin

A. I. Dampfer „Ceres“ am 26. Juni.

Von Stettin nach Danzig

A. I. Dampfer „Colberg“ am 26. Juni.

Rud. Christ. Gribel in

Näheres bei Stettin.

Ferdinand Prowe in

Danzig, Hundeg. 95.

(3154)

Franz Bluhm,

8. Matkausche Gasse 8,

Inhaber der neuesten englischen Kopf-Reinigungs-Bürsten, empfohlen von allen berühmten Aerzten.



8. Matkausche Gasse 8.

Diese neue Erfindung, angewendet bei jeder Coiffure, dient zur Verstärkung und Verjüngung des Haarwuchses und zur vollständigen Beseitigung der Schuppen.

Die Haartouren-Fabrik

von

Franz Bluhm

empfiehlt Haartouren für Herren und Damen, Haarzöpfe, Chignons, Scheitel und Locken in wirklich grösster Auswahl zu den bill. Preisen.

Alle künstlichen Haararbeiten werden auch von ausgemachten Haaren nach der besten Methode angefertigt.

(3103) 8. Matkausche Gasse 8.

Großes Lager Haarzöpfe, Scheitel, Chignons, Locken zu billigen Preisen. Jede Bestellung, so wie Reparaturen künstl. Haararbeiten werden sofort sauber ausgeführt in der Haartouren-Fabrik von

Louis Willdorff, Ziegengasse No. 5.

NB. Salon zum Haarschneiden und Frisuren bei sofort. nur guter Bedienung empf. der gefäll. Benutzung.

Oberhemden, Chemisettes, Bässchen, Cravatten, Slips, Schleifen, Shawls, Taschentücher, Unterhosen, Soden, wollene und Wigogne-Hemden und Täden, Hosenträger, Bürsten, Kämme, Parfümerien, Cigarrenpfeifen, Spazierstäbe, Patherbriefe, Gratulations-, Lauf- und Einladungskarten, im Feuer vergold. Ringe, Uhrketten, Schlüssel, Manschettenknöpfe, empfiehlt zu ganz billigen Preisen

(3128) Louis Willdorff, Ziegengasse No. 5.

Feuerwerkskörper und Bengal. Flammen

in großer Auswahl empfiehlt zu sehr billigen Preisen Richard Lenz, Ziegengasse No. 20.

Limonaden-Essenz und Limonaden-Pulver

von schönster Beschaffenheit, in kleineren und grösseren Quantitäten zum billigsten Preis empfiehlt

Richard Lenz, Ziegengasse 20,

(3036) Parfümerie- und Seifen-Handlung.

Besten frischen Portland-Cement empfing so eben Herm. Schulz, Vorst. Graben 44.

Feuers., asphaltierte Dachpappen in Bahnen und Tafeln, Pappnägel, Steinkohlentheuer u. engl. Asphalt-Dachlack empfiehlt die Dachpappensfabrik von Hermann Schulz zu Legan bei Danzig, welche auch die Ausführung von Pappbedachungen unter Garantie übernimmt. Bestellungen werden entgegengenommen im Comtoir zu Danzig, Vorstadt. Graben 44.

Den ersten Junifang delicate Matjes-Heringe empfiehlt in ganz besonders guter Qualität in $\frac{1}{16}$ u. $\frac{1}{32}$ Gebinden, sowie einzeln billigst

R. Schwabe, Langenmarkt No. 47.

Schottische Crown-Brand-Ihlen-Heringe, Schottische Tornelles-Heringe, beste Marke, empfiehlt in $\frac{1}{16}$ u. $\frac{1}{32}$ Do.

N. Evers, Fischmarkt No. 13.

NB. Ein Rest 67er Crown-Ihlen-Heringe, gut conservirt, à Do. 6 Thlr.

(3135)

Die Conditorei u. Kuchenbäckerei empfiehlt täglich ihr bekannt gutes frisches Gebäck, sowie Berliner Vanille-Präzel à St. 1 L. Bestellungen werden zu jeder Tagezeit billigst und prompt ausgeführt.

Theodor Becker,

Große Wollwebergasse No. 21.

Mehrere Sorten Eis und Getränke werden geschmackvoll verabreicht.

(3134)

Preussische Schleswig-Holsteinische Landes-Industrie-Lotterie

zum Besten der Invaliden und Hinterlassenen aus den Befreiungskämpfen der Jahre 1848—1851 und 1864.

Wert der Gewinngegenstände 57,949 Thaler. (2905)

Kaufloose zur 5. Klasse, welche am 23. Juni gezogen wird, offerten à Thlr. 3.—

Haupt-Collecteure Meyer & Gelhorn, Danzig, für Ost- und West-Preußen.

(2813)

Magnus Eisenstädt,

Langgasse No. 17,

empfiehlt sein durch neue Zusendungen ganz frischer Bleiche complettirtes Lager Leinwand, Handtücher, Tischtücher u. Taschentücher zu allerbilligsten und festen Preisen.

(2813)

eine alte Cuba-Havannah-Cigarre

zum herabgesetzten Preise von 6 Sgr. pro Dhd., 16 Thlr. pro Mille.

Hubert Gotzmann,

Heiligegeistgasse No. 12 und Kürschnergasse No. 2. (3064)

Einrichtung für Wasseranlagen.

In Verbindung mit einem Berliner Wasseranlagen-Fabrikanten, habe ich in meinem Hause eine vollständige Wasserleitung und Kanalisation eingerichtet und stelle sie dem geehrten Publikum zur gefälligen Ansicht.

Mit der festen Versicherung, alle uns gütigst zu Theil werbenden Arbeiten auf das Gewissen-hasteste ausführen zu wollen, bemerken wir noch, dass Garantie auf drei Jahre gewährt wird.

Breitgasse 2. H. Nathan & C. Gasgard, Breitgasse 2.

R. Garrett & Sons, Leiston Works

Suffolk, England.

Unterzeichnet er empfiehlt sich zur Annahme gefälliger Aufträge, zur Beschaffung von Locomobilen und Dampfdreschmaschinen, Strohelevatoren, Drillmaschinen, Breitsägemaschinen, Häckselmaschinen, Delfkuchenbrecher, Schrotmühlen, überhaupt aller Arten landwirtschaftlichen und anderer Maschinen aus obiger Fabrik zu Original-Fabrikpreisen, und ertheilt jegliche nähere Auskunft.

Illustrierte Cataloge auf Verlangen gratis und franco.

(3101)

Aug. Lemke,

Heiligegeistgasse No. 81.

Deutscher Phönix,

Versicherungs-Gesellschaft in Frankfurt am Main.

Grund-Capital 3,142,857 Thlr. Pr. Crt.

Reserve-Fonds 758,876 "

Prämien- und Zinsen-Einnahmen für 1868 845,509 "

Versicherungen in Kraft während d. J. 1868: 461,193,461 "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "

" "